Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 39 (1959-1960)
Heft: 12

Artikel: Asiatische Gegengewichte
Autor: Ingrim, Robert
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-161003

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ASIATISCHE GEGENGEWICHTE

VON ROBERT INGRIM

«Kein Zweifel», sagte General Charles de Gaulle am 10. November 1959, «kein Zweifel, das sowjetische Rußland, das dem Kommunismus in China an die Macht geholfen hat, es muß erkennen, daß es auf keine Art davon loskommen kann, Rußland zu sein, eine weiße Nation Europas, Eroberer asiatischen Gebiets, reich an Land, Bergwerken, Fabriken und Bodenschätzen, im Angesicht der gelben Menschenmasse der Chinesen, zahllos, im Elend, unzerstörbar, ehrgeizig, um jeden Preis eine Macht aufbauend, die man nicht messen kann, und die ringsum in die Weiten blickt, in die sie sich eines Tages ergießen muß.»

Mehr als das: Rußland, wie man in diesem Fall die Sowjetunion nennen muß, ist die letzte große Kolonialmacht auf Erden, wenn man nicht willkürlich als Kolonie nur das bezeichnet, was bloß mit Schiff oder Flugzeug erreichbar ist. Die Russen, die sich selbst als Europäer betrachten, sind Kolonialherren in weiten Gebieten Asiens: seit dem 16. und 17. Jahrhundert in Sibirien, seit 1864 in Transkaukasien, seit 1881 in Transkaspien, seit 1853 in Kasakstan, seit 1859 in Turkestan, seit 1855 in Kirgistan, seit 1860 im Amurgebiet, seit 1875 und 1945 in Sachalin. Das ist eine unvollständige Aufzählung, und wir vernachlässigen den Länderraub der Zaren und Josef Stalins in Europa.

Großbritannien und Frankreich, von den älteren Kolonialmächten gar nicht zu reden, haben ihre Imperien zum größten Teil verloren oder in Freundschaftsbünde verwandelt. Nur das russische Imperium ist unberührt und sogar in jüngster Zeit gewachsen. Das erlaubt den Sowjets, über ausländische Militärstützpunkte Amerikas zu zetern: Ihre eigenen sind «inländisch».

Mit einem Riesen können Menschen üblichen Wuchses nur auskommen, wenn er sich bücken muß. Statt mit den Sowjets zu koexistieren, wird man mit den Russen erst wieder leben können, bis ihr Imperium gleich den anderen geschrumpft ist, oder sie wenigstens genötigt sein werden, an all ihre Grenzen zu denken.

Die Sowjets haben vor den anderen Mächten nicht zu viel Angst, sondern zu wenig. Seit dem Berliner Ultimatum, dieser Androhung eines neuen Vertragsbruchs, muß das sogar zugeben, wer vorher gemeint hat, alle Probleme würden lösbar, wenn man das Sicherheitsbedürfnis des Kremls befriedigte. Die Elstern der versäumten Gelegenheiten deutscher Wiedervereinigung, richtiger: ostdeutscher Befreiung, haben sich seither, gattungstreu, in Raben verwandelt, die düstere Wendepunkte und NATO-Risse bekrächzen. Daß die Kremler keine

Angst zu haben brauchen, dafür gibt es einen unwiderleglichen Beweis: Die Amerikaner verabsäumten, die Verknechtung Osteuropas und die Herstellung der sowjetischen Atombombe zu verhindern, als ihnen das, im alleinigen Besitz von Kernwaffen, leichtgefallen wäre.

Darum werden die Sowjets ihre gegenwärtigen Herrenvolkallüren erst ablegen, wenn der Schatten einer west-östlichen Zange wieder auf ihr Land fällt. Gibt es diese Hoffnung? De Gaulle glaubt es. Konrad Adenauer übernahm schon lang vorher von Wilhelm Starlinger, dem weisen Arzt aus Königsberg, die Zuversicht, daß ein Zusammenprall des landarmen und volkreichen China mit dem landreichen und volksarmen Rußland fest in den Sternen stehe. («Grenzen der Sowjetmacht», 1955, und aus dem Nachlaß «Hinter Rußland China», 1957, Marienburg-Verlag, Würzburg.) Unterstaatssekretär Robert Murphy sagte kurz vor seinem Rücktritt am 1. Dezember 1959, es gebe Anzeichen, daß die Bereitschaft Rotchinas, sich von den Sowjets gängeln zu lassen, abnehme. Im nächsten Jahrzehnt werde das dem Westen Möglichkeiten bieten, deren Ausbeutung freilich Mut verlangen werde.

Was hält Chruschtschew davon? Bisher war nur der Versuch zu beobachten, diese Hoffnung des Westens zu mißbrauchen. Darum seine Bemerkung in San Franzisko, heute sei Amerika 1, die Sowjetunion 2 und China 3, aber bald werde China 1 sein und Amerika 3. Das hieß: Geht mit mir, dem kleineren Übel; lasset uns, Weiße, zusammenstehen wider die gemeinsame gelbe Gefahr!

Vor solchen Lockrufen heißt es sich hüten. Nicht nur, weil die Sowjetunion heute, und soweit das Auge schauen kann, das nähere, also größere Übel ist, sondern auch, weil man sogar Unausbleibliches nicht für vollzogen halten darf. Wer im Winter in Schwimmhosen herumläuft, weil der Sommer heiß sein wird, mag diesen gar nicht erleben.

Murphy gehört zu den wenigen, die wissen, was auf der ewigen amerikanisch-chinesischen Botschafterkonferenz gespielt wird, die am 1. August 1955 in Genf anhub und sich in Warschau dahinschleppt. Ihr Vorhandensein deutet an, daß weder Washington noch Peking eines direkten Drähtleins entraten wollen. Staatssekretär Christian Herter, bei der Presse weniger beliebt als sein Vorgänger John Foster Dulles, weil er sich nicht durch Fangfragen melken läßt, hat den Chinakurs schon leicht geändert. Zählen wir auf: Zuerst kam die «Herter-Doktrin». Da sich Chruschtschew von Mao Tse-tung als Führer des roten Blocks habe bestätigen lassen, müsse man ihn für alle Handlungen der Blockpartner mitverantwortlich machen. Das war schon ein geschickter Versuch, ins Triebwerk der Achse Moskau-Peking ein bißchen Sand zu streuen. Diese Doktrin erschwert der rechten Hand des Oberkremlers, so zu tun, als ob sie nicht wüßte, was die linke tut. Wenn Peking nicht folgt, muß er sich verstimmt zeigen, was wieder Herrn Mao verdrießen würde.

Dann kam als nächste feine Abweichung vom Dulleskurs die Streichung der in Journalistenpässe eingestempelten und von Peking angefeindeten Klausel, daß sie für Reisen nach Rotchina nicht gälten. Viel wichtiger aber war Herters Zurückhaltung bei der Beurteilung des indisch-chinesischen Grenzstreits. In der Pressekonferenz vom 13. November 1959 tadelte er Chinas Gewaltanwendung. Dann folgte die

Frage: Aus der Entfernung gesehen, wer ist nach unserer Meinung im Recht?

Antwort: So viel ich weiß, haben wir überhaupt nicht Partei ergriffen. Diese Grenze, wie Sie wissen, ist seit vielen Jahren recht mangelhaft festgelegt. Ich glaube auch nicht, daß wir da Kenntnisse aus erster Hand haben, besonders darüber, welche Seite eine endgültige Grenze des Nordwestgebiets zu ihren Gunsten behaupten könnte.

Frage: Haben wir jemals oder irgendwie die MacMahonlinie unterstützt?

Antwort: Nicht daß ich wüßte. Vielleicht wurde das angenommen und in Karten eingezeichnet, aber die Frage hat sich uns nie gestellt.

Frage: Wollen Sie den Eindruck bestehen lassen, daß die Vereinigten Staaten keine Meinung darüber haben, welche der zwei Regierungen im Recht oder Unrecht ist?

Antwort: Ich denke, das stimmt. Ich bezweifle, ob je ein Amerikaner dort war, um zu sehen, ob die Grenzlinien ordentlich abgesteckt sind. Natürlich nehmen wir an, daß die Inder recht haben, aber objektiv haben wir nichts, woran wir uns halten könnten. Wir haben dafür nur das Wort eines Freundes.

Der indische Botschafter versuchte vergebens, aus Herter Besseres herauszuholen. Tatsächlich ist diese Grenzlinie höchst unscharf. Im Jahr 1914 einigten sich darauf die Unterhändler Chinas, Tibets und des durch Sir Arthur Henry MacMahon vertretenen Britisch-Indien. Die Grenze, hieß es, solle 100 Meilen nördlich der indischen Ebene laufen. Die chinesische Regierung verweigerte dann ihre Unterschrift. Nur Briten und Tibeter unterzeichneten, knapp vor dem Ausbruch des ersten Weltkriegs. Die Konvention wurde nie veröffentlicht und auch vom Dalai Lama nicht ratifiziert.

Wer jedoch weiß, wie es in der Machtpolitik zugeht, wird nicht zweifeln, daß Staatssekretär Herter ganz anders geredet hätte, wenn er geneigt gewesen wäre, sich gegen China zu wenden. Seine Überlegungen dürften recht genau mit dem übereinstimmen, was anfangs Dezember 1959 in einem außenpolitischen Gutachten des Rockefeller Brothers Fund zu lesen war:

> Die gegenwärtigen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Rotchina sind nicht leicht zu beurteilen. Vielleicht genügt die Feststellung, daß es ungewiß ist, ob die Interessen dieser zwei kommunistischen Länder immer übereinstimmen werden. Was China anlangt, könnten sich die Sowjets größeren Risiken ausgesetzt sehen, als sie erwartet haben.

Nach einem Hinweis auf die Grenzen, die wirtschaftlichen Bedürfnisse und die etwaige Kernbewaffnung Chinas fährt das Gutachten fort:

> Daraus könnten sich Spannungen im Bündnis ergeben. Es wäre aber unklug, zu erwarten, daß sich solche Entwicklungen bald zeigen werden oder in einer Gestalt, welche

die Lage der freien Welt erleichtern würde. Man kann auch nicht gewiß sein, daß eine Politik, die einen Keil zwischen Moskau und Peking treiben will, praktischen Erfolg hat. Sicher ist, daß im kommenden Jahrzehnt die Beziehungen der zwei großen kommunistischen Mächte im Vordergrund unserer Aufmerksamkeit stehen werden.

Schlußfolgerung:

Bis auf weiteres müssen wir, wenn möglich, alles unterlassen, was dazu führen könnte, China noch enger an die Sowjets zu treiben. Auch müssen wir bereit sein für neue Lagen, die entstünden, wenn sich die Beziehungen dieser beiden wuchtigen Mächte änderten.

Das dürfte der Schlüssel zu Herters Chinapolitik sein, und daraus ergibt sich auch, daß mit einer grundsätzlichen Kursänderung noch kaum zu rechnen ist, fast sicher nicht vor dem nächsten Wechsel im Weißen Haus während des Ringens um die Wählerstimmen. Herter hat aber gut angefangen: Hätte er im Grenzstreit für Indien Partei ergriffen, so hätte Mao Tse-tung mit diesem Essig die leise Mahnung Chruschtschews zur Friedlichkeit leichter durch die Kehle geschwemmt.

Wo aber ist Indien in diesem Bild? Vor allem: Kann man von der Bedrängung Indiens durch China eine Beschleunigung der Entwicklung erhoffen, die den Kreml zwingen würde, an all seine imperialen Grenzen zu denken?

Ist man aufs Spekulieren angewiesen, so muß man vor allem vermeiden, sich von Chruschtschew aufs Eis führen zu lassen. Seinem milden öffentlichen Verweis an Peking folgte am 18. Dezember 1959 eine Genfer Meldung der Associated Press: Ein Sowjetdiplomat, der gern mit Zeitungsleuten plaudere, habe gesagt, der chinesisch-indische Grenzstreit mache der Sowjetregierung Sorge und sei ihr lästig (concern and embarrass). Mit der Erlaubnis, zitiert zu werden, fügte er hinzu, der Kreml, bedacht auf weitere Besserung der Beziehungen zum Westen, hoffe, die chinesischen Unternehmungen in Tibet und Indien würden keine neue Ost-Westspannung erzeugen. Das chinesische Vorgehen sei «mehr als unzeitgemäß; es würde zu jeder Zeit unerwünscht sein».

Honig oder Leim? Einen wichtigen Brief schreibt man nicht auf Papierservietten. Für eine amtliche Mitteilung von hohem weltpolitischen Rang hat der Kreml andere Auslässe als den Mund eines Diplomaten in Genf, dessen Name nicht erwähnt werden darf, und von dem man leicht abrücken kann.

Man soll sich aber bei diesem Moskauer Erzeugnis nicht mit der sonst fast unfehlbaren Formel begnügen: Wahr ist das Gegenteil. Es gibt nämlich verschiedene Möglichkeiten. Eine davon ist, daß Chruschtschew wirklich so fühlt, wie es der anonyme Diplomat anzudeuten hatte. Jawaharlal Nehru, sich an diese Hoffnung klammernd, beeilte sich, auf Kosten Bonns, also billig und wirksam, den Preis vorauszuzahlen, durch den er Moskaus Einwirkung auf Peking kaufen zu können meinte. Das war der Zweck seiner Verkündung ex cathedra, «die deutschen Regie-

rungen», im Gegensatz zum Volk, erstrebten gar nicht die «Wiedervereinigung». Dem Pazifisten, der zugegeben hat, die Möglichkeit eines chinesischen Angriffes sei ihm nie in den Sinn gekommen (has never occurred to us), verrutscht die Würdetoga, wenn er laufen muß. Vielleicht hilft's. Vielleicht ist Chruschtschew sogar gescheit genug, abgesehen von seiner augenblicklichen Friedensoffensive, das Vorgehen Chinas für eine Dummheit zu halten. Vielleicht erinnert er Mao daran, welch gewaltige Chancen Hitler in Prag verspielte, und Stalin durch die hastige Gleichschaltung Ostdeutschlands.

Es kann aber auch sein, daß das chinesiche Vorgehen dem Oberkremler, der sich äußerlich davon abscheiden mußte, willkommen war. Chinas sprudelnder Tatendrang wird dadurch vom russischen Kolonialreich nach dem Süden abgelenkt, und an sich muß dem Oberhaupt der Teufelskirche jede Ausbreitung des Glaubens gefallen. Die Achsenpartner können auch getrennt marschieren und getrennt schlagen, der eine militärisch, der andere diplomatisch.

Chruschtschews unablässiges Werben um Indien und Indonesien muß freilich bei den Rotchinesen den Verdacht erwecken, daß er ihnen die Länder, denen sie geographisch viel näher sind als die Sowjetunion, als ihr ureigenes Jagdrevier streitig machen möchte. Bei aller Liebe können sie nicht übersehen, daß Moskau, sich um Einfluß mühend, in diesen Gebieten mit ihnen wetteifert, wenn auch nur, um China nicht zu einem riesigen Imperium anwachsen zu lassen, das in Asien keine weiße Kolonialherrschaft dulden könnte. Es muß die Chinesen mißtrauisch stimmen, wenn sich Chruschtschew in Südasien die Tatsache zunutze macht, daß man dort vor dem fernen Moskau weniger Angst hat als vor dem benachbarten China. Als einen Zankapfel zwischen den Achsenpartnern könnte man aber Indien nur betrachten, wenn es zwischen ihnen läge, wie Polen zwischen Hitler und Stalin lag.

Es wäre also gewagt, sich von den indischen Ungewißheiten eine baldige Entlastung des Westens zu versprechen, und zur Narretei würde sich das steigern, wenn man die Sowjets von ihren osteuropäischen Leibschmerzen befreite, auf daß sie im Stande seien, zum Wohl des Abendlandes die gelbe Gefahr abzuwehren. Die rote Gefahr steht im Vordergrund. Einstweilen ist jeder Quadratmeter, den die Sowjets erobern könnten, wichtiger als jede Quadratmeile in der Reichweite der Chinesen. Man muß sich hüten, Anthony Edens Irrtum zu wiederholen, der die Achse Berlin-Rom an ihrem stärkeren Ende kaufen wollte statt an ihrem schwächeren, wo sie spottbillig gewesen wäre.

Hielte man China für ein Gegengewicht wider die Sowjets, jetzt oder bald, so könnte einem einfallen, Pekings Aktion gegen Indien zu begünstigen. So leicht gerät man aufs Glatteis, wenn man eine Politik des kühnen Vorwegnehmens treibt. Einstweilen ist es vorsichtiger, die großen kommunistischen Mächte als Einheit anzusehen und ihnen

überall entgegenzutreten, ob sie nun diplomatisch oder militärisch auf Raub ausziehen. Amerika wird also gut daran tun, den Indern zu helfen — falls Nehru sein Land endlich in einen Zustand versetzt, der Hilfe möglich macht. Zugleich wird man in der Tat ständig trachten müssen, China und die Sowjetunion zu trennen. Warum sollte, um ein Beispiel zu nennen, Amerika davon absehen, den Anspruch Chinas auf die Äußere Mongolei zu unterstützen? Nicht ohne Grund hat Chruschtschew seinen tüchtigsten Diplomaten, Herrn Molotow, als Botschafter nach Ulan Bator geschickt.

Wer sich unserer ernüchternden Einschätzung des indischen Rosts am Schaft der sowjetisch-chinesischen Achse anschließt, wird sich um so mehr am Lichtstrahl freuen, der um die Jahreswende im Fernen Osten aufgezuckt ist. Neben der vagen Hoffnung auf ein chinesisches Gegengewicht wider die Sowjetunion steht die Gewißheit, daß es ein japanisches geben wird. Mit schöner Einmütigkeit hat am 16. Dezember 1959 der für die Auslegung der Verfassung zuständige Oberste Gerichtshof zu Tokio geurteilt, daß der berüchtigte Artikel 9 der MacArthur-Konstitution der Aufrüstung Japans nicht im Wege steht. Seit der Aufnahme Deutschlands in die NATO ist das die beste Nachricht für die in Kriegsfurcht lebende Menschheit.

Der Verzicht auf eine kriegerische Politik und auf die ihr dienenden Waffen, so sagt das Gericht, beseitigt nicht das angeborene Recht jedes souveränen Volkes, für seine Verteidigung zu sorgen. Dieses Urteil befreite den Ministerpräsidenten Nobusuke Kischi von der Plage, eine Zweidrittelmehrheit für die Änderung des Artikels 9 aufzutreiben. Die als notdürftiger Grenzschutz wirkenden Selbstverteidigungskräfte konnten sich des Geruchs halber Gesetzwidrigkeit entledigen. Sie können als Kader die Wiedergeburt der japanischen Streitkräfte erleichtern. Die wichtigste Folge des Urteilsspruches ist aber, daß dank ihm die Unterzeichnung des neuen amerikanisch-japanischen Sicherheitsvertrages, am 19. Jänner, ein hochbedeutsames Ereignis werden konnte. Wäre der Weg nicht frei für die japanische Nachrüstung, so empfände man das Wort «Bündnis», das bei dieser Gelegenheit von Präsident Eisenhower und Kischi gebraucht wurde, als spielerisch. Dank der Überwindung des Artikels 9 ist man aber zur Erwartung berechtigt, daß der führende Industriestaat Asiens, der 93 Millionen Einwohner hat, mit amerikanischer Unterstützung in absehbarer Zeit wieder eine militärische Großmacht werden wird, zu Lande, zur See und in der Luft.

Nur so versteht man auch, warum die Sowjets den neuen Sicherheitsvertrag verdammen, statt ihn als Verbesserung des alten zu begrüßen, da er doch Amerikas Verfügung über seine Stützpunkte in Japan einschränkt. So erklärt sich die Unlogik des Kremls, der 1956 trotz dem Bestehen des alten Vertrages die Rückgabe der nordöstlich vor der Hokkaidoküste gelegenen Inseln Habomai und Schikotan nach Friedens-

schluß zugesagt hat und nun den neuen Vertrag zum Anlaß nimmt, die Erfüllung des Versprechens vom Abzug aller fremden Truppen aus Japan abhängig zu machen. (Eine anregende Parallele: Wie Chruschtschew mit dem Berliner Ultimatum den deutschen Sozialdemokraten ihren neutralistischen Deutschlandplan aus der Hand schlug, so erschwert er nun durch diese selbstherrliche Reaktion den japanischen Sozialisten den — übrigens aussichtslosen — Widerstand gegen den neuen Vertrag.) Die jüngsten sowjetischen Schießübungen im Stillen Ozean galten wohl mehr den Japanern als den Amerikanern.

Das Aufschäumen des sowjetischen Unwillens ist zwar unweise, aber verständlich. Trotz einem Nichtangriffspakt stieß Stalin den Japanern den Dolch in den Rücken, als sie bereits wehrlos zu Boden lagen. Er nahm ihnen Südsachalin und die Kurilen. Er eignete sich die Früchte ihrer großartigen Aufbauarbeit in der Mandschurei an. Das sind Dinge, die ein Japaner schwerlich vergißt. Japan hat eine militärische Tradition, auf die es stolz sein kann, und da General Douglas MacArthur den Tenno nicht vom Thron stieß, haben es seine Untertanen leichter als die Deutschen, über eine ungute Vergangenheit hinweg an eine bessere Vorvergangenheit anzuknüpfen. Im Leben jedes Volkes haben die Jahrhunderte mehr Gewicht als die jüngsten Jahrzehnte.

Chruschtschews Hoffnung, sein Reich werde die vorherrschende Militärmacht werden oder, wie er sagt, bleiben, löst sich auf, wenn man die Wehrkraft Europas und Japans, ihre Produktions-, Forschungs- und Finanzkraft mit derjenigen Amerikas verbindet. Gestützt auf die Vereinigten Staaten wird Japan allein im Stande sein, mehr als die Hälfte der militärischen Stärke Moskaus auszugleichen. Die Gefahrenzone, die die freie Welt durchmißt, solang dem Kernwaffengleichgewicht keines der herkömmlichen Waffen beigesellt ist, wird schmäler dank Japans Wiederkehr. Die Entlastung, die sich die freie Welt davon versprechen kann, ist für Deutschland bereits fühlbar, weil die sowjetische Diplomatie begonnen hat, ihre Fäuste auch ostwärts zu schütteln.